

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, 11. November 1889.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidentank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg Heine, Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 10. November. Das „Wiener Fremdenblatt“ bespricht jetzt den Besuch des Grafen Kalnoky in Friedrichshagen und die bevorstehende Begegnung des Kaisers mit Kaiser Wilhelm in Jansbrück und bemerkt: Es liegt nahe, zwischen den Begegnungen der Staatsmänner und der Monarchen Beziehungen zu suchen und in Wahrheit sind auch diese im Momente von der großen gemeinsamen Idee erfüllt, Europa durch ein enges, festes Zusammenhalten die Wohlfahrt des Friedens möglichst lange zu wahren und den Durchbruch der bestehenden Rechtsordnung, worauf der Friede fußt, hintanzuhalten. Diese größte Aufgabe der Staatskunst bildet in Friedrichshagen die wichtigste Sorge der Staatsmänner. Man darf mit großer Bestimmtheit die Annahme aussprechen, daß die beiden Staatsmänner gewichtige Momente setzen werden, welche die Hoffnungen der Völker auf eine friedliche Entwicklung ihrer Schicksale neu kräftigen können. Man darf nunmehr als Erfolg des Besuchs des russischen Kaisers das ansehen, daß es dem Reichskanzler Fürsten Bismarck gelungen ist, das Mißtrauen des russischen Kaisers gegen die Zwecke der Friedensliga wesentlich zu entkräften, und auch Graf Kalnoky sowohl wie Fürst Bismarck haben die berechtigte Erwartung gewonnen, daß der Kaiser von Rußland keineswegs den Frieden Europas wohl alle Freunde des Friedens zufrieden sein. Der allgemeine Friede muß allen sich allmählich in die Völker einlebenden Verhältnissen die Möglichkeit einer friedlichen ruhigen organischen Selbstentwicklung sichern; dies gilt auch von den bisher unabhängigen Ostländern. Deutschlands Orientpolitik ist kein Geheimnis, ebenso ist die Politik Oesterreich-Ungarns wiederholt offen als loyal dargelegt; sie wurzelt beide in der Nothwendigkeit, den ungetrübten Verhältnissen eine friedliche Uebertragung auf den Boden der Legalität zu ermöglichen. Oesterreich-Ungarn strebt nichts Anderes als die autonome und friedliche Selbstentwicklung der Balkanvölker an, wozu es jeden äußeren gewaltsamen und illegalen Einfluß abhalten will. Dieser Prozeß schreibt vor, daß die Völker so lange als möglich die Autonomie ungehindert genießen. Nur vermöge des Friedens und auf Grund der von der deutschen Thronrede schon betonten geltenden Verträge können die noch bestehenden Schwierigkeiten auch ohne etwaige politische Abmachungen eine legale Lösung finden. Die Begegnung in Friedrichshagen ist diesem Grundziele der Politik zweifellos gerecht worden, in ihr, wie in den Begegnungen der beiden Herrscher, seien neuerliche Bürgschaften für die friedliche Konsolidierung Europas zu suchen.

— In dem am gestrigen Sonntage in Breslau abgehaltenen sozialistischen Parteitag für Schlesien wurde beschlossen, zum ersten Wahlgange in allen schlesischen Wahlkreisen, wo Auswärtige auf Stimmen vorhanden sind, eigene Kandidaten aufzustellen, bei den Stichwahlen aber nur dort zu stimmen, wo Sozialisten in engere Wahl kommen. Jeder Kommunist wird ausgeschlossen. Der freisinnigen Partei wurde offene Abgabe geleistet.

— Im Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sind unter dem einmaligen Ausgabenposten Nr. 6 „zur Vergrößerung des Postgrundstücks und zur Verstellung eines neuen Dienstgebäudes in Frankfurt a. M. dritte Rate (erste Bauphase) 335,500 Mark. Bereits im Etat für 1887-88 war angestrichen worden, daß das Postgebäude an der Zeit in Frankfurt a. M. für die postalischen Bedürfnisse nicht mehr genügt und es sich empfiehlt, das anstehende Gasthaus, den „Rustigen Hof“, zum Preise von 1,000,000 Mark anzukaufen. Dieser Kauf wurde auch bewilligt. Nachdem schon mehrere Raten darauf abbezahlt worden sind, ist als weitere Ratenrate in der vorerwähnten Summe von 335,500 Mark ein Betrag von 200,000 Mark enthalten. Nun aber handelt es sich auch darum, auf dem erworbenen Grundstück einen Neubau aufzuführen, der 2,500,000 Mark kosten soll. In der Begründung des Etatsentwurfs heißt es: „Es liegt in der Absicht, in dem Neubau, ebenso wie in dem alten Gebäude, ein Absteigequartier für S. M. J. den Kaiser und Königin einzurichten.“ Aus den in der Budgetkommission vorgelegten Plänen ergibt sich über dieses Absteigequartier für den Kaiser folgendes Nähere: Das ganze Gebäude soll aus drei Stockwerken bestehen, Untergeschoss, Mittelgeschoss und Obergeschoss. Das Mittelgeschoss bildet das Absteigequartier des Kaisers, außerdem von dem Untergeschoss verbleiben etwa zwei Drittel des Untergeschosses, während das Obergeschoss zu Dienstwohnungen für den Oberpostdirektor, den Postdirektor und den Telegraphenamtvorsteher hergerichtet wird. Durch ein architektonisch prachtvoll ausgestattetes Portal gelangt man in einen großen Vorraum, ein Vestibül von 196 Quadratmeter. Hierbei befinden sich auch ein Wartezimmer, Garderobe und Räume für die Kassen. Ueber die schloßartige Treppe hinauf kommt man durch ein Vorzimmer rechts in ein Empfangszimmer von 92 Quadratmeter, von da in einen kleinen Saal von 103 Quadratmeter, dieser führt in einen großen Speisesaal für eine Prämientafel von 120 Personen (268 Quadratmeter); bei diesem Saal ist auch eine Musikbühne angebracht. Unmittelbar an denselben schließt ein in einem Hofgelände ein Anrichtezimmer von 65 Quadratmeter, eine Verkleide von 68 Quadratmeter und eine offene Verbindungshalle. Wenn man die Treppe hinaufkommt, so beginnt links eine Zimmerflucht, bestehend aus einem Arbeitszimmer des Kaisers (63 Quadratmeter), einem Toilettenzimmer (55 Quadratmeter), einem Schlafzimmer (55 Quadratmeter), einem Badezimmer (18 Quadratmeter), einem Garderobezimmer (70 Quadratmeter). Daran schließt sich ein Abtrittszimmer, ein Garderobezimmer und eine große Zahl kleinerer Räume für das Gefolge. Auf dem Hofe werden Gartenanlagen eingerichtet.

— In den letzten Jahren hat sich in den Fischereifreien der Nord- und Ostsee eine allgemeine Neigung zur Einführung besserer Fahrzeuge und Fanggeräte geltend gemacht, und ist denn auch namentlich ein erfreulicher Zuwachs an größeren Fahrzeugen für die Fischerei zu konstatieren. Die Verbesserung und

Vermehrung des schwimmenden Materials knüpft aber anscheinend an die Hafenorte. Leider sind die Häfen nur dünn gesät und unsere gesammelten Küstenverhältnisse sind, die an Dingen und Zufluchtsgelegenheiten reiche Ostküste Schleswigs, fast ausgenommen, für die Fischerei recht ungünstig. In der Nordsee sind bis jetzt Häfen nur da vorhanden, wo die größeren Ströme das vorläufige Watt durchbrechen. Von Seiten der preussischen Regierung werden, wie im neuesten Jahresbericht für Küsten und Hochseefischerei hervorgehoben wird, die größten Anstrengungen gemacht, um diesem Nothstand abzuhelfen. So ist der Bau des Hafens Nordsee-Norddeich begonnen und wenn derselbe nicht so schnell zum Abschluß kommen sollte, wie anfangs vermutet, so ist das nicht Schuld der Regierung. Für die Westküste Schleswigs-Holsteins wird die Frage der Errichtung einer größeren Hafenanlage lebhaft erörtert. An der Ostküste ist bei Heiligenhafen eine Rinne für Fischereifahrzeuge ausgehoben, wozu auch in anerkennenswerther Weise die genannte Sektion des Fischereivereins einen Beitrag gegeben hat, am Eingang der Rille Fährde, bei Seie, ist ein Weidamm in der Fährde hergestellt, der Hafen bei Seie ist auf Anlagen wird demnächst in Angriff genommen und die Lebensmündung ist durch eine Kuppelung der Düne derart reguliert, daß eine für das Passiren von Fischereifahrzeugen erforderliche Tiefe erreicht werden wird. Allein die weitestgehenden Anstrengungen der staatlichen Fürsorge werden nicht alle Wünsche der Fischer zu befriedigen vermögen, da man nicht für jedes Fischerboot einen Hafen bauen kann. Man wird daher der Aufgabe nicht ausweichen können, auf die Verbesserung und Erhöhung der Seetüchtigkeit der schiffsboden für die Benutzung vom offenen Strande aus geeigneten Boote hinzuwirken. Daß die Schwierigkeit des Aufschleppens dieser Fahrzeuge kein absolutes Hindernis für ihre Größe bildet, zeigt die wohl allbekannte Thatfache, daß man z. B. in Holland ziemlich große Schuiten, welche die Heringsfischerei in der Nordsee betreiben, auf den Strand zieht.

— Der vor einigen Tagen, wie gemeldet, in Dessau verstorbene Generalleutnant v. D. Stodmar war Ehrensenior des Eisernen Kreuzes von 1813-15. Zur Zeit sollen nur noch zwei Seniores des Eisernen Kreuzes leben, der Schenkenmeister a. D. Niepögen in Wietzenhausen und der ehemalige Unteroffizier Lehmann in Schneidemühl.

Hamburg, 7. November. Wie gewaltig das Volksgelüben sich in den letzten zehn Jahren in Hamburg gehoben hat, erhebt aus dem der Bürgerchaft jetzt zur Verachtung vorliegenden Haushaltsentwurf. Danach stieg die Zahl der Schüler in dem genannten Zeitraum um das Dreifache, nämlich von 22,000 auf 67,000 Kinder. Mehr als ein Dutzend neuer Volksschulhäuser sind in dem letzten Jahrzehnt entstanden oder noch im Entstehen begriffen. Große Summen werden der Hamburger Staat auf die Verbesserung der Volksschulbauten, denn während im Haushaltsentwurf für 1890 im Ganzen rund 5,5 Millionen Mark als Ausgabe für das Unterrichtswesen angenommen werden, kommen davon mehr als 4 Millionen auf das Volksschulwesen, dem nur eine Einminderung von 641,000 Mark an Schulgeld, Schulunterstützungen u. dergleichen steht. Die höheren und wissenschaftlichen Schulen in Hamburg erfordern nur eine Ausgabe von rund einer Million Mark. Es giebt in Hamburg noch eine größere Anzahl Privat-Lehranstalten, welche nicht im Etatveranschlagt sind. Im Ganzen erfordert das Unterrichtswesen 840,000 Mark mehr als im Vorjahre. — Die Polizeibehörde kostet dem Hamburger Staat rund 3,4 Millionen Mark, d. h. 122,000 Mark mehr als im Vorjahre. Es sind mehrere Hundert Konstabler mehr eingestellt worden; auch die Zahl der berechtigten Konstabler ist vermehrt worden, so daß die ganze Polizeikraft in Hamburg schon jetzt rund 1300 Mann beträgt. Neu eingeführt ist in diesem Jahre die photographische Anstalt der Polizeibehörde, welche 12,000 Mark kostet. Ähnlich wie in Berlin, London, Paris u. dergleichen ist in Hamburg nicht bloß die Verbrecher, sondern in der Regel alle in Haft gerathenen Personen photographirt, über welche Personalakten angelegt werden. Es ist zu dem Zwecke bei der Kriminalabtheilung ein mit dem Photographiren vertrauter Beamter angestellt worden, welcher in dem Zeitraum eines Vierteljahres bereits mehr als 200 Personen photographirt hat, die mit der Polizei in Verbindung gekommen waren.

Gera, 8. November. Dem Landtage ist eine Gesetzesvorlage über die Besoldung der Geistlichen zugegangen, nach welcher das jährliche Amtseinkommen außer freier Wohnung oder einem entsprechenden Wohnungsgelde mindestens jährlich 1800 Mark betragen soll. Jedem Geistlichen sind bei tadelloser Führung und Berufserfüllung jährlich nach fünfjähriger Dienstzeit 300 Mark, nach zehnjähriger 600 Mark, nach fünfzehnjähriger 900 Mark, nach zwanzigjähriger 1200 Mark und nach fünfundzwanzigjähriger 1500 Mark über das festgesetzte Mindesteinkommen zu gewähren. Das künftige Ministerium bezeichnet die gegenwärtige Besoldung der Geistlichen als ungenügend und ihr Einkommen ist in den letzten Jahren durch das Sinken des Zinsfußes, der Getreidepreise und der Pachtgelder so erheblich gemindert worden, daß die Aufbesserung, die im Etat mit 26,000 Mark eingestellt ist, ein bringendes Bedürfnis geworden ist. In Preußen, Sachsen und Sachsen-Meiningen steigen die Inhaber der geringeren Stellen von 1800 Mark und freier Wohnung bis auf 3600 Mark. In Sachsen-Weimar und in Schwarzburg-Sondershausen auf 3200 Mark. In unserem Fürstenthum ist eine Herabsetzung des jetzigen Zustandes noch notwendiger, weil die genannten Nachbarkreise eine verhältnismäßig viel größere Anzahl von gut und sogar reich dotirten Stellen haben und man folglich durch Versekung älterer, bedürftiger Geistlicher auf bessere Stellen helfen kann. Es erscheint deshalb billig, daß die geistlichen Stellen durch fünf Alterszulagen von 5 zu 5 Jahren bis auf 3300 Mark gebracht werden. Die Geistlichen, welche nicht so glücklich sind, eine von den reich dotirten Stellen zu erhalten, bekommen dann wenigstens nach 25jähriger Dienstzeit eine auskömmliche Besoldung.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. November. Am 2. Dezember soll eine Vorstellung zu wohlthätigen Zwecken im Caislablissement Ronacher stattfinden, deren Mitwirkende der hochbetagte Oesterreichische Aristokratie angehören werden. Statt der gewöhnlich klingenden Namen ausländischer Akrobaten und Sängerinnen wird diesmal der Zettel nur fensale Namen aufweisen, und es dürfte das erste Mal sein, daß sich hochgeborene Adelige, gräfliche Redner, abneidende Aufgymnasialer und Chansongänger-Sängerinnen von altem Adel öffentlich produzieren. Sogar eine große Anzahl Auftritte auf fliegendem Trapez wird das Programm bezeichnen. Der Preis einer Loge ist mit fünfzig Gulden angesetzt und der nummerirte Platz im Parquet wird fünf Gulden kosten. Die Namen der Akrobaten, welche mitwirken sollen, werden bis jetzt noch verschwiegen.

Endwig Kossuth steht in Gefahr, sein ungarisches Bürgerrecht einzubüßen. Nach dem im Jahre 1879 beschlossenen Gesetz muß jeder im Ausland lebende Ungar spätestens zehn Jahre nach dem Ausbleiben dieser Bestimmungen bei der diplomatischen Vertretung des Heimatlandes die Erklärung abgeben, daß er weiter österreichisch-ungarischer Staatsbürger bleiben wolle, wenn er nicht seines Bürgerrechtes verlustig gehen soll. Da es bei der Vergangenheit Kossuth's selbstverständlich ist, daß er sich zu einem solchen Schritt nie und nimmermehr entschließen kann, hat Endwig Kossuth am 24. Dezember d. J. auf ungarischer Staatsbürger zu sein. Zahlreiche Municipien und Städte, und darunter in erster Reihe Raab und Segedin, beabsichtigen nun, an das Abgeordnetenhaus zu petitioniren, wonach das Gesetz auf die Person Endwig Kossuth's keine Anwendung finde. Andererseits will die Unabhängigkeitspartei eine Abänderung des Gesetzes beantragen, damit dem großen Diktator jedes Dilemma erspart werde. Ein Ministerialrat soll sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt haben, doch nur ein Einigkeit im ganzen Ministerium dafür gewesen sein, zu Gunsten eines Mannes die Gesetze umzuwerfen. Wie es heißt, hat Tisza einem Mitglied der Unabhängigkeitspartei privatim den freundschaftlichen Rath gegeben, dahin zu wirken, daß Kossuth an den Bürgermeister einer jener Städte, die ihn zum Ehrenbürger gewählt haben, ein Schreiben richtet und in demselben die Erklärung abgibt, daß er Bürger der Stadt bleiben wolle. Es scheint aber, daß weder Kossuth, noch Mitglieder der Unabhängigkeitspartei Lust haben, zu dieser Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen die Hand zu reichen.

Belgien.

Brüssel, 9. November. Landrath Bluefisch in Berviers wird zum Kommissar des neutralen Gebietes Moresnet an Stelle des verstorbenen Gremer ernannt werden.

Frankreich.

Paris, 8. November. Leon Say kam sich nicht darüber beklagen, daß seiner Rede nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt werde, aber er wird zu seinem Bedauern gleichzeitig bemerken müssen, daß man sich vielfach weigert, ihr die Bedeutung eines „großen Ereignisses“ beizulegen. Und in der That ist es nicht nur unabweisbar, daß sich auf das Say'sche Programm hin gleich eine Mehrheit zusammenfinden wird, die aus den gemäßigten Republikanern und übergetretenen Monarchisten bestehen müßte, sondern es ist auch fraglich, ob Say tatsächlich sich handelt, wenn er eine Bewegung ins Leben ruft, die naturgemäß seinen Namen tragen muß, d. h. den Namen eines Mannes, der wegen seiner angeblich viel zu weit gehenden Mäßigkeit bei vielen Republikanern nichts weniger als beliebt ist und bei Bestrebungen der Reaktion erregt. Say ist weit entfernt, als Vertreter der Durchmittsanfassungen der Republikaner auftreten zu können, und der jetzt von ihm gemachte Versuch, die Republikaner unter seinen Hut zu bringen, stößt daher auf Widerpruch. Es kommt hinzu, daß sich seit den Wahlen die Gemäßigten mit den Radikalen ziemlich gut vertragen haben und daß es daher immerhin der Mühe lohnt, mit einer „republikanischen republikanischen Mehrheit“ den Versuch zu machen. Schlägt dieser fehl, so dürfte vielleicht die Zeit Leon Say's gekommen sein; vorher aber wird seine Rede nichts anderes sein, als eine formellere Darlegung der vor der Hand noch nicht maßgebenden Ansichten des Redners. Nach die Republikaner, wenigstens die übergroße Mehrheit derselben, den ehelichen Versuch machen wollen, in einer friedlichen Ehe zu leben als früher, geht auch aus der geistigen Privatverhandlung hervor, in der man sich, obgleich nicht alle Deputirte durchweg gleicher Ansicht waren, doch im Interesse der Einheit einstimmig für den Nivellismus gegen die boulangistischen Deputirten aussprachen. Eine weitere Probe wird die Einheit bei der Präsidentenwahl zu bestehen haben, für welche in erster Linie Floquet und Brisson in Betracht kommen. Brisson, der sich in etwas münchthumigen Zustände befindet und als Anspruch auf die Präsidentschaft eigentlich nur geltend machen kann, daß er schon einmal Präsident gewesen ist, scheint seine Kandidatur mit großem Eifer zu betreiben, wird aber in Floquet einen sehr gefährlichen Mitbewerber haben. Wenn die Zahl der republikanischen Parteigenossen Floquet's in der Kammer geringer ist als die Brisson's, so verfügt er dagegen über sehr viele persönliche Freunde und für ihn spricht die allgemeine Anerkennung, daß der Präsidentenamt mit ungleich mehr Gewicht zu werten versteht, als der zwar sehr feierliche, bei allen heftigen Erörterungen aber hilflose Brissin.

Paris, 9. November. Der Minister rath hat beschlossen, die vom Marineminister Krantz nachgesuchte Entlassung anzunehmen.

Paris, 9. November. Die Eifersucht Frankreichs auf Englands ägyptische Politik ist durch den Besuch, welchen der Prinz von Wales seinem dem Vizekönig abgethatet hat, aufs neue angefaßt worden. Egypten anlangend, steht nämlich bei den Franzosen eine fable convention herausgehoben, des Inhalts, daß der moderne ägyptische Staat aus der schäferischen Initiative Frankreichs hervorgegangen, letzteres aber durch die Unthätigkeit und Händelerei der englischen Politik um die Frucht seiner Arbeit betrogen worden sei. Diese Version ist zwar in all und jeder Hinsicht das Gegenteil des wirk-

lichen, altenmäßig beglaubigten Verganges, allein da sie mit ihrer einseitigen Verurtheilung des englischen Handelns der französischen Eigenliebe schmeichelt, so hat sie in Frankreich Heimathrecht gewonnen und dient sämtlichen, Egypten betreffenden Erörterungen der Pariser Presse zur stillschweigenden Voraussetzung. Unter diesem Gesichtspunkte findet denn auch die öffentliche Meinung Frankreichs es nur in der Ordnung, daß der französische Vertreter beim Abovie die Anwesenheit des Prinzen geflüstert ignorierte und ebenso wie der türkische Gesandte Mustafa Pascha bei den zu Ehren des englischen Thronfolgers veranstalteten Festlichkeiten durch seine Abwesenheit glänzte. Wenn der Auszug des Prinzen nach Kairo und Alexandria die Franzosen verschmüß hat, so wird die Unhöflichkeit des französischen Diplomaten in Kairo wieder von der öffentlichen Meinung Englands unliebsam vermehrt. Die momentane Stimmung zwischen den Kanalstaaten ist dementsprechend noch um einige Grade trostloser als gewöhnlich und wird durch polemische Herzensergüsse der Presse beider Länder auf diesem ungewöhnlich niedrigen Stande erhalten. Der unparteiische Zuschauer sagt sich, daß Frankreich bei der ganzen Affaire nicht die imposante Rolle spielt, sondern daß das Benehmen der Republik weniger von Selbstüberhebung als von Selbstüberbeugung zeugt. In der That trägt Frankreich von der Ager zur Schan, den es über seine eigenen Fehler und Unterlassungen empfindet. Denn die ganze jetzige Inferiorität der französischen Stellung in Egypten rührt lediglich daher, daß sich die Regierung der Republik, als die Entscheidung wegen der Erneuerung oder Ersetzung des französischen Kondominiums an sie herantrat, zu keinem positiven Entschlusse aufzufassen vermochte. Sie jagte mit allem Kanatismus, dessen sie fähig war, ihren Resonanzgeklänsel gegen Deutschland nach und ließ darüber die Interessen des Landes an anderen Dingen völlig aus den Augen. England machte sich seiner Zeit die Unfähigkeit seines Rivalen zu Nutze, und wenn die Londoner Politiker ein Verdauern begen, so besteht es einfach darin, daß man damals nicht noch weit ungünstiger zu Werke ging, sondern Verpflichtungen übernahm, welche der englischen Bezeichnung des Willkürs des Stempel des Prestoriums aufprägten und denen, die von Englands Anwesenheit in Egypten so wenig als möglich wissen wollen, theoretisch die Befugnis verliehen, nach ihrem Belieben die ägyptische Frage zur Disposition zu stellen und indirekte Entschuldigungen nach dem für den Abzug der englischen Expeditionstruppen festgesetzten Termin einzubringen. Die ministeriellen Vondener Mäler haben auch bei dieser Gelegenheit einen Seitenblick für Herrn Gladstone, welcher damals das Regiment führte, in Bereitschaft, indem sie es ihm zur Last legen, daß England unüberhörbar Verpflichtungen auf sich nahm, zu denen durchaus kein zwingender Grund vorlag, die aber jetzt, und auf gerader Weise eine Quelle empfindlichen Mißbehagens für das englische Nationalbewußtsein bilden würden.

Paris, 9. November. In dem heute abgehaltenen Ministerrath richtete der Marineminister Krantz sein Entlassungsgesuch ein. Er hatte es schon früher gegeben, aber auf Carnets Bitte zurückgezogen, bis der Ministerrath sich zu Gunsten des Einnemischen Entwurfs über den Ton ausgesprochen hätte. Dies geschah heute und Krantz' Entlassungsgesuch wurde jetzt angenommen.

Carnot unterzeichnete heute die Streichung des Kommandanten Riant aus der Territorialarmee. Riant hatte gegen die Entfernung Kaisers Einspruch erhoben.

Gerichtsweise verurteilt, Boulanger werde zur Eröffnung der Kammern nach Paris zurückkommen.

Der am Mittwoch zur Vorbereitung einer Kundgebung am 12. November gewählte boulangistische Dreizehner-Ausschuß ist Tag und Nacht im Saale Montmartre in der Straße Montmartre. Er steht in fortwährendem Verkehr mit allen boulangistischen Ausschüssen von Paris und der Gegend. In der ganzen Stadt suchen seit mehreren Tagen zahlreiche boulangistische Entbeeren Stimmungen für die Kundgebung zu machen und Anhänger zu gewinnen. Sie halten bei den Weinwirthen kleine Versammlungen ab und jucheln die Bürger auf, gegen die Regierung sich zu erheben. Arbeiter ohne Beschäftigung, herbergselbe Strohe und vor allem Zeitungsverkäufer sind angeworben, da sie am wenigsten der antiboulangistischen Arbeiter der Parteien Joffrin und Bailant bedrängten ebenfalls, auf den Konterdenplatz zu ziehen, um die Kundgebung zu verhindern. Man macht Anstrengungen, um sie von ihrem Vorhaben abzubringen, damit die Boulangisten allein für alle Zwischenfälle verantwortlich gemacht werden können. Daß die Kundgebung in Jersey mit Zustimmung der dort bekanntlich versammelten boulangistischen Abgeordneten beschlossen wurde, erhebt aus der gemeldeten Mittheilung der „Presse“. Selbstverständlich hat die Regierung große Vorsichtsmaßregeln angeordnet; dem Polizeipräsidenten ist befohlen worden, mit äußerster Strenge und ohne Rücksicht auf die boulangistischen Abgeordneten vorzugehen, welche an der Spitze des Zuges schreiten wollen.

Großbritannien und Irland.

London, 9. November. Bei dem Lord Mayor's Bankett am Sonnabend hat Lord Salisbury eine Lobrede gehalten, in welcher er sich eingehend über die gegenwärtig schwebenden Fragen aussprach. Uns geht darüber folgendes Telegramm zu: Lord Salisbury beglückwünschte den Lordmayor zu dem Umfange, daß dessen Antritt zu einer Zeit erfolge, wo der lange vermisste Wohlstand wiederzukommen beginne. Der Redner wies auf die gegenwärtigen Streitigkeiten zwischen dem Kapital und der Arbeit hin und richtete an beide Parteien die Warnung vor der großen Verantwortlichkeit, welche in der Zeit der lebhaftesten Konkurrenz auf den Fortgang des großen Industriebetriebes stehend einwirken würden. In Betreff Irlands bemerkte Lord Salisbury, daß die Regierung nicht im Entferntesten zugeigt sei, ihre Politik hinsichtlich Irlands nach der Richtung der Home ruler hin zu ändern. In den auswärtigen Angelegenheiten übergehend erklärte der Redner, mehr als irgend eine andere Frage beschäftige gegenwärtig Afrika die europäischen Staaten.

Alle Nationen bekundeten einen eifrigen Helfer in ihren Bemühungen, die Zivilisation in jenem Welttheile zu fördern. Großbritanniens theils darin nicht zurück. Die jüngst gebildeten drei großen Gesellschaften hätten begonnen die Zivilisirung Afrikas mit aller Aussicht auf Erfolg zu betreiben. Lord Salisbury gedachte mit Ausdrücken der Genugthuung der nach Brüssel einberufenen Konferenz zur Verabhandlung der Sklavereifrage, welche eine Epoche der Weltgeschichte bezeichne, und sprach hierbei dem Sultan von Sansibar seinen Dank aus für das Dekret betreffend die Gewährung der Segnungen der Freiheit. Für Egypten bestche noch immer die Gefahr einer Invasion. Die Macht des Kalifen sei noch stark, wie die Befreiung Emin Pascha's beweise. Der Zeitpunkt für die Klümmung Egyptens sei daher noch nicht eingetreten. Die anderen Mächte könnten England bei der Einführung von Makregeln zur Hebung des Wohlstandes in Egypten unterstützen oder den Tag für die Klümmung Egyptens von englischen Truppen hinauschieben, indem sie den Bemühungen der englischen Regierung entgegenarbeiteten. In Betreff Europas erklärte Lord Salisbury wenig zu sagen zu haben. Die auf Kreta entstandenen Schwierigkeiten gingen einer schnellen Beseitigung entgegen. Eine andere Ursache zur Verurtheilung Europas bestche zur Zeit nicht. In Betreff des Gerichts, wonach die britische Politik durch besondere Abmachungen gebunden sei, betonte der Redner, daß die Politik Englands hinsichtlich Europas und des Mittelmeeres der ganzen Welt bekannt sei. Sie liege die Politik des Friedens und der Aufrechterhaltung der bestehenden Dinge. Keine Abänderung wäre vorzuziehen als eine Gerechtigkeitserklärung irgend einer Großmacht, wozu eine Katastrophe sicherlich schnell herbeizuführen würde. Eine Theilheit, ja unmöglich wäre es, England an irgend welche spezifische Schritte für die Zukunft zu binden. In diesem Jahre hätten in mehr als einem Lande Ereignisse stattgefunden, welche in der Richtung des Friedens lagen. Die aufrichtigen Bestrebungen der europäischen Herrscher zu Gunsten des Friedens hätten erhöhte Kraft gewonnen. Der politische Redner freige deutlich in der Richtung des Friedens. Von den europäischen Staatsmännern, die am besten zu urtheilen befähigt seien, würden die Friedensansichten zur Zeit für größer als zuvor gehalten.

London, 9. November. Das inzwischen demontirte Gerücht von einer bevorstehenden Verlobung des Kaiserwitsch mit der Prinzessin Margarethe von Preußen wird vom „Standard“ in einem Leitartikel besprochen. Er sagt, eine solche Verlobung würde die öffentliche Meinung zwingen, in einem gewissen Grade ihre Schlässe hinsichtlich der politischen Beziehungen der russischen und deutschen Höfe zu modifiziren, und das bisherige Vertrauen Europas in die Echtheit der österreichisch-deutschen Allianz würde wesentlich geschwächt werden. Der Dreibund würde nicht ipso facto null und nichtig werden, aber die Grundlagen, auf denen er ruht, würden wesentlich erschüttert werden. In Wien würden dadurch die Beziehungen von der Tendenz des Berliner Kabinetts, Rußland eine diplomatische und politische Nachhilfe zu zeigen, belebt und erhöht werden. Aber auch in Italien würde man von einer solchen Verlobung wenig befriedigt sein. Das Gerücht kam daher als eine Erfindung bezeichnet werden. Aber der Augenblick, es in Umlauf zu setzen, ist feldsam gewählt. Der Besuch des deutschen Kaisers in Konstantinopel muß gewisse Resultate gehabt haben, die, wenn auch nicht rufenfeindlich, doch seine sehr starke deutsche Freundschaft für Rußland bezugen. Der Empfang des deutschen Kaisers seitens des Sultans trug unstreitig einen herzlichen und großartigen Charakter, und der Kaiser hat nichts unterlassen, was den Sultan von dem Wohlwollen Deutschlands überzeugen konnte. Es wäre daher befremdlich zu hören, daß Deutschland und Rußland im Begriffe stehen, in noch engere Beziehungen zu treten. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß der Zar in eine Verbindung zwischen seinem ältesten Sohne und einer deutschen Prinzessin willigt, so lange Deutschland unterläßt, seine Politik der russischen anzupassen. Daß Deutschland christlich wünscht, mit Rußland im Interesse des deutschen Reiches und des europäischen Friedens auf gutem Fuße zu bleiben, kann wahr genug sein. Aber der Eifer der deutschen Politik ist der Dreibund, und das Gebüde, welches Bismarck so fleißig und so gerühmt errichtet, wäre in Gefahr, wenn die Familien Hohenzollern und Romanow einen solchen Ehevertrag abschließen.

Der Standard erhebt sich nicht. Die deutsche Politik bleibt dieselbe, wenn immer die Prinzessin Margarethe die Hand reichen mag. Unsere Prinzeßinnen sind liebenswürdig und schön genug, um für sich selbst begehrenswürdig zu sein; in ihrer Mitgabe aber spielt die Politik keine Rolle.

London, 9. November. Da die hiesigen ultraprotestantischen Kreise nicht milde werden, die Sendung Sir Vintners zum Nachkommen nach Rom durchzuführen, so ist es sehr wahrscheinlich, daß die „Times“ einen augenblicklich inspirirten Artikel, worin sie feststellt, daß derselbe nicht mit einer des britischen Reichs betreffenden Sendung betraut sei, sondern nur mit einem sich auf Malta beziehenden Auftrag. In seiner Weise sei dieselbe mit der Sendung Ervingtons unter Gladstone zu vergleichen, der allerdings geheime Anweisungen hatte und die mannigfachen Deutungen hervorrief. Sir Vintners Auftrag sei einfach und der ganzen Welt offenkundig.

Sir Morell Macenzie hat nicht allein die „Times“, sondern auch den Eigentümer der „St. James' Gazette“ wegen Verleumdung belangt. Es handelt sich um den auch in Deutschland durch gerichtliche Verhandlungen bekannt gewordenen Brief, den besagter Eigentümer über Berliner Verhältnisse an seinen Chefredakteur schrieb und der sich aus Versehen in die „Times“ verirrete.

Rußland.

Petersburg, 9. November. Nach einer Bekanntmachung der Staatsbank werden die Zeichner auf Prämien-Pfandbriefe der Adels-Agrarbank wie folgt betrieht: Die Zeichner auf 1 bis 3 Pfandbriefe erhalten voll die gezeichneten Stücke. Zeichner auf 4 oder 5 Pfandbriefe erhalten drei, solche auf 6 bis einschließlich 10 erhalten fünf Pfandbriefe. Zeichner auf 11 bis

